

Hannes Stockert/Herten, 22.02.10

Zusammenfassung von der Teilnahme an der Fachtagung „Wege aus der Kommunalverschuldung“ am 19.02.10 in Essen

Die ca. 400 Teilnehmer bestanden vorwiegend aus (Ober)Bürgermeistern, Stadtkämmerern, höheren Verwaltungsangestellten und Fraktionsvorsitzenden und –größen der bürgerlichen Parteien in den Stadträten – insbesondere aus den 19 Aktionsbündnisstädten, sowie Pressevertretern. Alternative Kräfte traten so gut wie gar nicht in Erscheinung – nur am Rande konnte ich kurz mit Vertretern von DieLinke aus Wuppertal und Duisburg reden, die aber selber nicht sonderlich interessiert an ein Gespräch oder einen Kontakt waren (etwas zugeknöpft). Es gab auch kein Infomaterial von den verschiedenen Kräften, wie z.B. beim Städtetag NRW.

Die Fachtagung war im Grunde noch mal eine öffentliche Darlegung der bisherigen Positionen und Stellungnahmen des bürgerlichen Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, verbunden mit der Aufforderung an die NRW-Landesregierung, bis Ende März darauf entsprechend zu reagieren und Stellung zu beziehen und Lösungsmöglichkeiten zu durchdenken.

Insofern gab es wenig neue konkrete Details zur kommunalen Haushaltskrise. Die Teilnahme war aber sehr aufschlussreich, um die verschiedenen Positionen und Argumente unter den verschiedenen kommunalen Spitzenvertretern näher kennen zu lernen und es wurde hier auch etwas unverblümter gesprochen als in der öffentlichen Debatte bisher zur Show gestellt.

Das Aktionsbündnis hat sich zum Ziel gesetzt die „*Hilfe zur kommunalen Selbsthilfe von Bund und Land zu erzwingen*“ und sieht in den Kommunen „*harte Einschnitte für die Bürger, Vereine und die Wirtschaft*“ kommen. Es gründete sich Mitte 2009 zum einem Aktionsbündnis, nachdem auf das Memorandum 2008 „Wege aus der Schuldenfalle“ keinerlei Reaktion der Landesregierung darauf erfolgte. Insofern hat es einen Doppelcharakter: zum einen als Positionierung gegenüber der Bundes- und Landesregierung, zum anderen als Methode einer koordinierten und gemeinsamen Streichungs- und Kürzungspolitik im kommunalen Haushalt durch die selbstgesteckten Vorgaben des angestrebten Entschuldungsfonds. Zu Beginn wurde aber insbesondere die Situation der Jugend betont, die sich mit der kommunalen Finanzkrise sehr verschlechtert (z.B. darf jetzt die Stadt Essen ihre Azubis nicht mehr übernehmen, nachdem schon Oberhausen gar keine neuen Azubis mehr einstellen durfte!).

Nach der Einführung referierte Herr Schmidt vom RWI und führte die Standpunkte und Sichtweise eines „Wirtschaftsinstituts“ an. Dass die kommunale Haushaltskrise eine besondere Mischung von Krisenwirkungen und „hausgemachten Problemen“ sei. Der Hauptinhalt seines Referates war es zu Beginn der Tagung „ernüchternd“ aufzuzeigen, „*dass hier nicht eine arme Ebene mit einer reichen Ebene diskutiert, sondern alle öffentlichen Haushalte mehr oder weniger vor der gleichen Situation und Herausforderung stehen*“. Interessanterweise führte er aus, dass selbst bei optimistischsten Prognosen, Deutschland die Maastricht-Kriterien erst in 2019 wieder erfüllen würde – vorausgesetzt es setze sich ein durchschnittliches Wachstum von jährlich 3% durch! Er sah die bisherigen Überlegungen des „Entschuldungsfonds“ insofern skeptisch, als überhaupt nicht klar und konkret definiert ist, was unter einer „überdurchschnittlichen Konsolidierungsmaßnahmen“ verstanden wird und was konkret passiert, wenn diese nicht eingehalten würden. Gleichzeitig fragte er recht überheblich, warum die Kommunen unbedingt Entscheidungsgewalt behalten wollten, da dies ja auch die Verantwortung einschließt, dafür auch gerade zu stehen und es doch besser wäre, nur noch ausführendes Organ zu sein (!!), und dass einfach zu lange am subventionierten Bergbau festgehalten wurde und das Geld dafür vielmehr in wichtigere Projekte des rechtzeitigen Strukturwandels hätte gesteckt werden können. (Seine Folien mit verschiedenen Grafiken und Zahlen dazu noch besorgen!)

Danach sprach die Präsidentin des Deutschen Städtetags, die Frankfurter OB Petra Roth. Sie hielt eine sehr allgemeine und in vielen Worthülsen und Floskeln verpackte Rede, die sich

dann aber als Ausrichtung der Kommunen auf ihre Verantwortung und Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland entpuppte. So sprach sie über die Veränderungen seit 60 Jahren BRD, den veränderten Weltmärkten und der veränderten Marktentwicklung und fokussierte sich dabei insbesondere auf die Asien-Märkte und China als einen der Hauptkonkurrenten von Deutschland. Die Kritik an der mangelnden finanziellen Ausstattung der Kommunen bezog sich bei ihr dann gar nicht mehr auf eine wie auch immer geartete kommunale Daseinsvorsorge und was die Menschen in den Städten bräuchten, sondern einzig und alleine darauf, die *„Kommunen als Vorlieferant für die gesamte Bundesrepublik und als wichtigste Basis für eine weltmarktführende Rolle insbesondere des Exports zu stärken und zu stabilisieren“*. Ihre „Empörungen“, dass den Kommunen vorgeworfen wird, sie würden zu wenig für die Kinder machen, während sie gezwungen werden, die Azubis in Hartz IV zu schicken, oder dass die MdB und MdL ihre Herkunft, ihre Städte und ihren eigentlichen Auftrag vergessen, wirkte da schon mehr als aufgesetzt. Sie stellte neben der berechtigten Kritik, dass die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer verändert werden, bevor überhaupt über die Gewerbesteuer als solche verhandelt wurde und dass die Bundesregierung ihren Anteil an den SGB II – Unterkunftskosten senkt, verschiedene reaktionäre Punkte für die Auseinandersetzung auf der Tagung auf:

- den Kommunen muss geholfen werden für die Bundesrepublik, für das Bruttoinlandsprodukt und für den Export,
- einen maßvollen Tarifabschluss, weil 5% mehr Lohn und Gehalt nicht drin und unverschämt wären,
- dass auf jeden Fall „gespart“ werden muss, aber teilweise die Grundlagen dafür gar nicht vorhanden sind und die Kommunen auch mehr Möglichkeiten eingeräumt werden soll, die Bürger direkt an der Entschuldung zu beteiligen und neue Abgaben erheben zu dürfen!

Danach sprach Herr Junkernheinrich von der TU Kaiserslautern, sozusagen der bürgerliche kommunale Finanzanalysepapst. Seine Ausführungen enthielten u.a. den sehr interessanten Aspekt, dass die Entwicklung der Kommunalfinanzen seit Beginn der 1990er Jahre an Sprunghaftigkeit, sowohl nach oben aber vor allem dann auch nach unten zunahm und die Ausschläge immer größer und gravierender werden. (die meisten konkreten Zahlen sind in den entsprechenden Papieren des Aktionsbündnisses enthalten). Für ihn ist schlichtweg *„30 Jahre lang etwas schief gelaufen, woran sich keiner gestört hat“*. Er plädiert dafür *„jetzt die Notbremse zu ziehen, denn den Einstieg in die Entschuldung wird es nicht mehr so „günstig“ geben“*. Er appellierte insbesondere an die OB und Kämmerer, dass *„Konsolidierung am Bürger vorbei nicht möglich ist“*. Hier wurde es jetzt interessant, weil begonnen wurde, den künftigen Kurs konkreter zu zeichnen und darzulegen. Dass *„der Weg aus der Schuldenfalle ein recht schwieriger Weg ist, der für alle sehr, sehr schmerzhaft sein wird, durch ein Tal der Tränen gegangen werden muss, das ist der schmerzhafteste Preis für die notwendigen Gegenleistungen in Form von Hilfen von Bund und Land“*. (ebenfalls die sehr interessante Präsentation besorgen – in den nächsten Tagen soll auch die Kommunal-Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung erscheinen). Leider gab es keine Diskussionsrunde wie angekündigt, weil Petra Roth ihre Redezeit mehr als verdoppelte.

In der Mittagspause versuchte ich den Kontakt mit anwesenden Vertretern von DieLinke aufzunehmen, was nicht so gut gelang. In verschiedenen Gesprächen hörte man insbesondere die Kritik an der Landes- und Bundesregierung heraus, aber auch den Widerspruch, „sparen zu müssen“ und die Städte „nicht kaputtsparen zu wollen“. Den größten Run erfuhren allerdings die Currywurst- und Geschnetzelten-Snacks, die den Küchenfrauen schon an der Eingangstür zum Pausensaal/Ausgangstür der Küche regelrecht vom Tablett gerissen wurden. Schon recht peinlich!

Ich nahm danach am Forum zum Entschuldungsfonds teil. In der dortigen Fragerunde u.a. mit dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Büssow und Professor Junkernheinrich wurde herausgestellt, dass die Konzentration auf den Abbau der Altschulden gelegt werden müsse, da ansonsten Alles vergebene Mühe wäre. Die bisherigen Vorschläge des

Entschuldungsfonds richten sich in erster Linie „nur“ auf die Kassenkredite und Zinsen, die zu einer der Hauptbelastungen für die Kommunen und das größte Problem zum Abbau der Altschulden geworden sind. Und es erst recht noch werden, wenn die Zinssätze wieder steigen. So sind die Primärsalden durch eine rigide Haushaltsführung in manchen Städten teilweise fast ausgeglichen, was aber durch die Belastungen aus den Altschulden und insbesondere den Kassenkrediten und Zinsen wieder weit ins Defizit gedrückt wird. Die kurzfristigen Kassenkredite und Zinsen (die derzeit ständig ausgeweitet werden) entwickeln sich so zu einem Haupt-Schrittmacher für einen gegenwärtigen und noch kommenden schärferen Streichungs- und Kürzungskurs in den Kommunen als bisher. Professor Junkernheinrich warnte in dem Zusammenhang auch davor, dass der Entschuldungsfonds nur ein letztes Mittel sein könne und auf keine Fall eine Dauereinrichtung werden darf. Der Haupttenor wurde jedoch auch hier auf den Eigenbeitrag der Städte zur Entschuldung gelegt.

Leider kam auch hier aufgrund der Übergewichtung der Ausführungen des Podiums keine richtige Diskussion zustande und konnten nur 2 Redner aus dem Publikum reden. U.a. der Fraktionsvorsitzende DerLinken in Duisburg, der die ständige weitere Verschuldung zwar anprangerte, aber gar nicht grundsätzlich kritisierte. Ich wollte eigentlich selber einen Beitrag halten und stand dafür schon am Mikrofon, der u.a. die Rolle der Großbanken aufwerfen und beleuchten sollte und dass ein wirkliches Zinsmoratorium ihnen gegenüber und eine wirkliche Entschuldung durchgesetzt werden muss.

Bevor dann – wegen Verspätung – NRW-Finanzminister Linssen sprach, ergriff Gelsenkirchens OB Baranowski noch das Wort, empörte sich über einen Brief eines „Sparfuchses“ mit „Spar-Vorschlägen“ (von der Bezirksregierung??), die rein gar nichts an der eigentlichen Problematik ändern würden. Er führte – relativ „kampf“betont - aus, dass Zivilisation nun mal Geld kostet, er ein anderes Verständnis von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben hätte und dass sich noch herausstellen wird, ob die vielen Freunde der Kommunalpolitik auch wirklich das halten, was sie jetzt versprechen und vorgeben würden. Wuppertals OB forderte dann noch klare Definitionen des kommunalen Mindest-Standards, bevor überhaupt über Hilfen gesprochen wird.

Der schließlich folgende Auftritt von NRW-Finanzminister Linssen wurde zum großen Teil kritisiert. Insbesondere seine Oberflächlichkeit, Unkonkretheit und rausredenden Art, mit denen er die Forderungen mehr oder weniger ablehnte und vom Tisch wischte. Von Reihen der CDUler wurde allenfalls noch beschwichtigt, dass man sich auch nicht zuviel von ihm erhoffen darf, dass hier aber von Seiten der Landesregierung noch was drauf gelegt werden muss. Auch er argumentierte vom Standpunkt der Krisenbewältigung, mit der alle Haushaltsebenen zu kämpfen hätten, die entscheidende Frage wäre, wo das Geld herkommen soll und Hilfen von Seiten der Landesregierung erst zu erwarten wären, wenn erstens der Bund und zweitens die Kommunen selbst ihre Hausaufgaben machen und Eigenbeiträge leisten würden. Er sieht Hilfen der Landesregierung für die Kommunen für problematisch, da dabei der Anreiz zum Eigenbeitrag fehlt und unklar ist, welche Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfestigkeit dies hätte, weil es auch die Gefahr der Gewöhnung daran gibt. Am Ende stellte er die provokative Frage, was denn die kommunale Familie bereit wäre beizutragen, wie belastbar sie wäre. Damit orientierte er auf einen härteren Haushaltskurs in den Kommunen, was auch den gegenwärtigen Vorgaben der Bezirksregierungen entspricht.

Gelsenkirchens OB Baranowski empörte sich neben 2 weiteren Rednern nach der Linssen-Rede lautstark, dass wenn die Landesregierung so weitermachen würde, sie die Kommunen in die nächste Verfassungsklage treibt, er den Vergleich des „Sparens“ mit der Landesregierung jederzeit gerne eingeht und es ihm nicht nur um „Pflichtaufgaben“-Erfüllung geht, sondern um notwendige Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten für freiwillige Ausgaben und Leistungen. Offensichtlich ist – auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Positionierung im Landtagswahlkampf - Baranowski derzeit einer der offensivsten Hauptvertreter für Hilfen der Bundes- und Landesregierung gegenüber den Kommunen.

Die Tagung endete mit der Vereinheitlichung auf eine gemeinsame Erklärung „Essener Signal: Raus aus den Schulden“ (als Datei angehängt). Sie benennt zwar die derzeitige Abwärtsspirale in der kommunalen Finanzkrise und enthält vereinzelt berechtigte Kritiken an der Abwälzung der Krisenlasten über die Kommunen, insgesamt behandelt sie aber im wesentlichen Sofortmaßnahmen des bürgerlichen Krisenmanagements mit einem sogenannten Entschuldungsfonds mit Zins- und Tilgungshilfen, der Eigenverpflichtung der Städte zu Kürzungen und Streichungen und der Aufforderung, gemeinsam die Kräfte für den notwendigen „Konsolidierungszwang“ aufzubringen.

Kurzes Resümee:

1. Die Tagung offenbarte einmal mehr, wie wenig bzw. gar nicht die bürgerlichen Politiker die Lage im Griff haben. Ihre teilweise sehr schwachen Ausführungen waren an manchen Stellen schon ein Lehrbeispiel, mit welcher verzweifelten Unfähigkeit sie der Situation gegenüberstehen. Ihre bisherigen Prognosen und Einschätzungen, zumindest die, die sie öffentlich abgeben, beruhen allesamt auf der Hoffnung eines in diesem Jahr beginnenden längerfristigen Wirtschaftsaufschwungs. Jede Zinserhöhung, jede weitere Krisenentwicklung wird die bisherigen Vorschläge wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen! Diese grundlegende Schwäche der etablierten Parteien müssen wir alternativen und fortschrittlichen Kräfte in der Kommunalpolitik aufdecken, angreifen und zur eigenen Stärkung ausnutzen.
2. Eine besondere Achillesferse in der öffentlichen Auseinandersetzung ist insbesondere das selbst auferlegte und auch diktierte Tabu, die wirklichen Ursachen der wachsenden Staatsverschuldung und z.B. die Großbanken bzw. das internationale Finanzkapital als Hauptnutznießer der kommunalen Haushaltskrise auch nur irgendwie zu benennen und zu erwähnen. Noch nicht mal in den Lösungsvorschlägen tauchen sie als eventuelle Verhandlungspartner einer angeblich angestrebten „Entschuldung“ oder Senkung der Zinsbelastung auf, obwohl Professor Junkernheinrich u.a. ausführte, dass die NRW-Kassenkredite die Ausgaben für sogenannte „freiwillige“ Aufgaben in NRW-Kommunen schon längst übersteigen! Wir dürfen uns nicht auf reine Debatten um Zahlenwerke oder die quantitative Einschätzung der Krise der Kommunalfinanzen beschränken. Unsere alternative und fortschrittliche Kommunalpolitik muss insbesondere eine Auseinandersetzung um grundlegende Lösungen und Alternativen in sich aufnehmen und fördern.
3. Das größte Problem des bürgerlichen Krisenmanagements in der Krise der Kommunalfinanzen ist jedoch die Sorge der bürgerlichen Parteien und ihrer Vertreter, dass die breite Masse der Bevölkerung den skizzierten anstehenden Kürzungen und Streichungen auf kommunaler Ebene nicht so ohne weiteres folgen wird. Dies wurde zwar nicht immer offen so benannt. Die Aufforderung, die Bevölkerung in die Debatte darum einzuspannen, die Aussagen, dass ein „sehr schmerzhaftes Sparen nicht umgangen werden kann“ und verschiedene Lösungsvorschläge, wie die „Beteiligung der Bürger an der Entschuldung“ machten jedoch noch mal klarer deutlich, dass insbesondere auf kommunaler Ebene ein Kurswechsel erfolgen wird. Eine weitere Schlussfolgerung und Maßstab ist daher auch, sich auf diese Entwicklung einzustellen und an einer ganzen Bandbreite der Lebensfragen, die hier in Frage gestellt werden, auch den organisierten und dauerhaften Zusammenschluss auf kämpferischer Grundlage auszubauen und zu festigen.

- ENDE -